



1

2

„Die europäische Einigung im 21. Jahrhundert“

3

Unser Ziel sind die Vereinten Staaten von Europa

4

Programmwurf. Änderungsvorschläge Jürgen Küppers, Schriftführer EUD Heidelberg

5

6 Wir Bürgerinnen und Bürger Europas sind in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden -
7 gemeinsam gestalten wir unsere Zukunft. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sechs europäische
8 Staaten mit der europäischen Einigung begonnen. Die Gründergeneration hat Großes geleistet:
9 Ihr verdanken wir die Versöhnung der Völker, die Überwindung der Grenzen, sozialen
10 Zusammenhalt sowie wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung.

11 Heute ist die Europäische Union längst mehr als ein gemeinsamer Markt. Sie ist vor allem eine
12 Werte- und Rechtsgemeinschaft mit gemeinschaftlichen politischen Institutionen. Ihr gehören die
13 meisten europäischen Länder an, in weiteren Staaten stärkt die Perspektive der Mitgliedschaft
14 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Aber die Einigung Europas ist noch nicht vollendet. Auf die
15 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gibt es nur eine Antwort: Mehr Europa!

16 Wir, die Mitglieder der Europa-Union Deutschland, sind die Vertretung der europäisch
17 engagierten Zivilgesellschaft. Wir setzen uns zusammen mit Partnerorganisationen in vielen
18 europäischen Ländern für die Vollendung der bundesstaatlichen Einigung Europas ein.
19 Europäische Föderalisten haben bereits 1946 ihre grundlegenden Ziele im Hertensteiner
20 Programm niedergelegt. Mit dieser Erklärung ergänzt die Europa-Union Deutschland die im
21 Hertensteiner Programm niedergelegten Ziele:

22 1. Nur geeint sind die Staaten Europas in der Lage, Frieden und Freiheit, Stabilität, Wohlstand
23 und soziale Sicherheit, eine lebenswerte Umwelt, Demokratie und Menschenrechte zu
24 garantieren. Deshalb haben sie sich in der Europäischen Union zusammengeschlossen.
25 Dabei kann die europäische Einigung Vorbild sein für die staatenübergreifende
26 Zusammenarbeit. Sie ist unverzichtbare Voraussetzung für die Bewältigung globaler
27 Herausforderungen.

28 2. Ziel der europäischen Einigung ist die Schaffung der Vereinten Staaten von Europa auf der
29 Grundlage einer Verfassung. Als demokratisch-rechtsstaatlicher Bundesstaat vertreten die
30 Vereinten Staaten von Europa die gemeinsamen Interessen der Bürgerinnen und Bürger
31 Europas und ihrer Mitgliedstaaten nach innen und außen. Der europäische Bundesstaat
32 muss über die hierzu erforderlichen Handlungsmöglichkeiten verfügen. Hierzu gehören auch
33 ein entsprechend ausgestatteter Haushalt und eigene Steuereinnahmen. Im europäischen
34 Bundesstaat werden die Aufgaben bürgernah und partnerschaftlich von der europäischen,
35 der einzelstaatlichen oder der regionalen und lokalen Ebene wahrgenommen.



- 36 3. Die Vereinten Staaten von Europa sind gegründet auf die in der Menschenrechtskonvention
37 und der Europäischen Charta der Grundrechte niedergelegten Werte, zu denen vor allem die
38 Unantastbarkeit der Menschenwürde und die unveräußerlichen Rechte des Einzelnen
39 gehören. Diese Werte sind Ziel und Maßstab ihres politischen Handelns. Demokratie und
40 Menschenrechte auf friedliche Weise zu fördern verpflichtet die Vereinten Staaten von
41 Europa zu einer besonders engen Zusammenarbeit mit den Staaten in der Welt, die ebenfalls
42 friedlich für Demokratie und Menschenrechte eintreten.
- 43 4. Die Vereinten Staaten von Europa beruhen auf der repräsentativen Demokratie mit
44 Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung, einschließlich der Beteiligung an einem
45 europaweiten Referendum bei Änderung der europäischen Verträge. Das von den
46 Bürgerinnen und Bürgern in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl
47 gewählte Europäische Parlament bildet den Kern der demokratischen Ordnung und der
48 Gewaltenteilung. Das Europäische Parlament wählt die europäische Regierung, die aus der
49 heutigen Kommission hervorgeht, und beschließt gleichberechtigt mit der Staatenkammer,
50 dem Rat, über Einnahmen und Ausgaben sowie alle europäischen Gesetze.
- 51 5. Der politische Entscheidungsprozess der Vereinten Staaten von Europa ist gekennzeichnet
52 durch ein hohes Maß an Transparenz und bietet allen Bürgerinnen und Bürgern vielfältige
53 Möglichkeiten der Mitwirkung und Beteiligung. Die direkte Wahl des Europäischen
54 Parlaments auf der Grundlage eines einheitlichen europäischen Wahlrechts ist Ausdruck des
55 politischen Zusammenwachsens. Die Bürgerinnen und Bürger der Vereinten Staaten von
56 Europa haben im Wohnsitzland - über die Möglichkeit der Beteiligung an Europa- und
57 Kommunalwahlen hinaus - das Wahlrecht zu allen Parlamenten und Vertretungen, von deren
58 Entscheidungen sie direkt betroffen sind.
- 59 6. Die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit gehört zu den Voraussetzungen für die
60 Verwirklichung einer europäischen Demokratie. Hierzu gehören eine umfassende
61 europapolitische Berichterstattung in den nationalen Medien, die Etablierung europaweiter
62 Medien sowie ein aktiver Dialog der europäischen Institutionen unter Einbeziehung der
63 elektronischen Medien und sozialer Netzwerke. Auch die politischen Parteien leisten einen
64 Beitrag, indem sie sich zu europäischen Parteien mit individuellen Mitwirkungs- und
65 Beteiligungsrechten ihrer Mitglieder zusammenfinden und Spitzenkandidaten und -
66 kandidatinnen für die europäischen Institutionen vorschlagen.
- 67 7. Das Handeln der Vereinten Staaten von Europa dient dem Wohl ihrer Bürgerinnen und
68 Bürger. Das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell muss verteidigt und
69 weiterentwickelt werden. Die Vereinten Staaten von Europa und ihre Mitgliedstaaten haben
70 die Verpflichtung, in einem solidarischen Geist Gerechtigkeit, die Möglichkeit zu freier
71 Entfaltung und Wohlstand für alle zu schaffen. In ihren Politiken fördern die Vereinten Staaten
72 von Europa den sozialen Ausgleich und orientieren sich an den Prinzipien der sozialen



73 Marktwirtschaft. Nicht alles muss dabei auf europäischer Ebene geregelt werden, aber sie
74 muss den Rahmen schaffen und Mindeststandards setzen. Die Angleichung der
75 Lebensverhältnisse innerhalb der Vereinten Staaten von Europa ist eine wesentliche
76 Voraussetzung für ihren Bestand.

77 8. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie der schonende, effektive und
78 nachhaltige Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind für das Handeln der Vereinten
79 Staaten von Europa und das ihrer Mitglieder bestimmend. Die Rohstoff- und
80 Energieknappheit Europas zwingt zu einem gemeinsamen Vorgehen. Hierzu gehört auch das
81 Umsteuern hin zu erneuerbaren Energien.

82 9. Die Vereinten Staaten von Europa verfügen über den Euro als gemeinsame Währung, für
83 deren Stabilität die unabhängige Europäische Zentralbank verantwortlich ist. Die Vereinten
84 Staaten von Europa und ihre Mitgliedstaaten tragen durch eine verbindlich abgestimmte
85 gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik zur Stabilität ihrer gemeinsamen
86 Währung bei. Die Vereinten Staaten von Europa setzen klare Regeln für die Finanzmärkte.
87 Eine solide Haushaltspolitik, eine Rückführung der öffentlichen Schulden und ein
88 solidarisches Füreinander sind Voraussetzung für die Mehrung unseres Wohlstandes.

89 10. Die Außenpolitik, einschließlich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, ist Angelegenheit
90 der Vereinten Staaten von Europa, die ihre Mitglieder mit Sitz und Stimme bei den Vereinten
91 Nationen vertreten. Ziel der gemeinsamen Politik ist es, zu Frieden, Verwirklichung der
92 Menschenrechte und Stabilität in der Welt beizutragen und Konflikte soweit immer möglich
93 mit friedlichen Mitteln beizulegen. Außenpolitische Initiativen von Mitgliedern der Vereinten
94 Staaten von Europa dürfen nicht im Widerspruch zur Außenpolitik der Union stehen.

95 11. Die kulturelle Vielfalt ist der Reichtum Europas und der europäischen Identität. Es ist Aufgabe
96 der Vereinten Staaten von Europa, diese kulturelle Vielfalt zu schützen und zu fördern. Hierzu
97 gehören auch die Begegnung mit anderen Kulturen und Lebensverhältnissen und der Erwerb
98 von Fremdsprachen. Alle Bürgerinnen und Bürger der Vereinten Staaten von Europa sollen
99 durch entsprechende Bildungsangebote in die Lage versetzt werden, sich sprachlich
100 miteinander zu verständigen.

101 12. Die Vereinten Staaten von Europa sind für neue Mitglieder offen. Jeder Beitrittsantrag eines
102 Landes muss dabei für sich genommen geprüft und beurteilt werden. Neue Mitglieder
103 müssen die Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllen; dabei ist der Handlungs- und
104 Entwicklungsfähigkeit der Vereinten Staaten von Europa Rechnung zu tragen.

105 Dies ist unsere Vision für das Europa des 21. Jahrhunderts. Gestern wie heute gilt: In der
106 Einigung Europas liegt die Zukunft unseres Kontinents und seiner Menschen.



Zum Entwurf des Grundsatzprogramms der EUD

Änderungsvorschläge Jürgen Küppers

Begründung

Zu Punkt 4, Zeile 44: **Bürgerbeteiligung und Europaweites Referendum**

- 1.) Die Stärkung der Legitimität der europäischen Ordnung bedarf der Bürgerbeteiligung in Form der Einführung eines europaweiten Referendums bei Änderung der europäischen Verträge.
- 2.) Das europaweite Referendum sollte begrenzt sein auf die Legitimierung von Vertragsänderungen. Die Frage muss mit einem einfachen JA oder NEIN zu beantworten sein.
- 3.) Das Referendum hebt die zurzeit erforderliche Einstimmigkeit bei Vertragsänderungen auf. Bei Erreichen eines bestimmten europaweiten Quorums können die Vertragsänderungen in Kraft treten. Mitgliedstaaten, deren Bevölkerung mehrheitlich gegen die Vertragsänderungen stimmt, können unter Opt-out-Bedingungen in der Europäischen Union bleiben oder werden in einen Europäischen Wirtschaftsraum entlassen.

Zu Punkt 9, Zeile 86 (neu: 87): **Solide Haushaltspolitik und Schuldentrückführung**

- 1.) Eine solide Haushaltspolitik bedarf der Ergänzung durch eine Schuldentrückführung der europäischen öffentlichen Haushalte. Unter der Annahme einer zukünftigen Ausweitung der Öffnung der globalen Kapitalmärkte muss Europa seine angehäuften Schuldenberge abbauen, will es nicht weiterem Kapitalabfluss ausgesetzt sein.
- 2.) Als langfristige Aufgabe findet diese Umsteuerung auf den Schuldenabbau im Fiskalpakt seinen Ausdruck: „The budgetary position of the general government of a Contracting Party shall be balanced or in surplus“ (Art. 3, Absatz 1.a). Das Jahresgutachten 2011/2012 des Sachverständigenrates rechnet bei seinem vorgeschlagenen Schuldentilgungspakt für Europa mit einer Rückführung der Schulden auf 60 % der BIPs in einem Zeitraum von 20 bis 25 Jahren (S. 111).
- 3.) Ein Schuldenabbau ist auch ein Erfordernis der Generationengerechtigkeit. Schulden, die wir verantwortungslos aufgehäuft haben, dürfen mit ihren Zinszahlungen nicht in unerträglichem Maße die Rechte der nachfolgenden Generationen Europas einschränken.